

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Der Reichsanwalt schreibt: Die Reichsblätter bringen erneut die Mitteilung, daß zwischen der Reichsregierung und dem Londoner Kabinett Verhandlungen über Abtretung des deutschen Schutzgebietes in Südwestafrika schweben. Derselben die Nachricht erst jüngst als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet worden ist, wird angelehnt der obigen Mitteilungen wiederholt, daß auch diese wieder tatsächlichen Grundlagentheilen entsprechen.

Das Wochenblatt „Sonderbote“ schreibt: Der berühmte Künstler Wilton fällt allmonatlich in Damaraad an und im Anfang hat er 2000 Ecken, ferner Schale und Riegen weggerollt, ohne einen Schuß abzugeben. Wilton habe erklärt, er wolle mit Deutschland nichts zu tun haben.

Geschäftsreise verläuft aus Willems haben, die westamerikanische Station solle wieder ständig besetzt werden.

Die Kommission für das Telegrammverbot nahm am Sonnabend nach dem Antrag der Abgeordneten Wolke folgende Beschlüsse: In das Telegrammverbot hat gegen Zahlung der Gebühren das Recht auf Beförderung von ordnungsmäßigen Telegrammen, wie auf Zulassung zu einer ordnungsmäßigen telephonischen Unterhaltung durch die für den öffentlichen Verkehr bestimmten Anlagen. Vorrechte bei der Benutzung solcher und Ausschließung von der Benutzung sind nur aus öffentlichen Interessen zulässig.

Der Breslauer Regierungspräsident erläßt heute ein Verbot der Zulassung russisch-polnischer Arbeiter motostreicher Konzepte, da diese in der Regel nicht in der Höhe einmündigen, Arbeit in landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben zu finden.

Die vertriebenen Wähler melden, hat der Hamburger Reichs-Wahlverein zur Förderung der Kandidatur des Fürsten Viktor 1500 M. bewilligt.

In der letzten Nr. mitgeteilte geheimnisvolle Note der Königin, die auf den aus Berlin zurückgekehrten griechischen Diplomaten Zingens-Ritz-Lang anspielte, der unlängst von seinem vorigen Posten abberufen worden ist. Der Sigar bringt diese Überführung u. a. auch damit in Zusammenhang, daß bei der griechischen Regierung Konzeptionsgesuche aus Paris eintrafen, deren Genehmigung der griechische Kaiser ohne jede Berücksichtigung in sichere Aussicht gestellt haben soll. Zingens-Ritz-Lang wäre, wie es weiter heißt, ein Opfer des reichen Geldmittels verpflichtenden „Pariser Lebens“ geworden.

Der Korrespondent der Zeit. in Wien, Grünwald, der frühere Vertreter dieser Zeitung in Rom, der im v. J. aus Rom ausgewiesen wurde, theilt mit, daß ihm seitens der italienischen Botschaft in Wien eröffnet wurde, die Ausweisung von dem Minister des Innern, Nicotro, zurückgenommen worden.

Die „Allg. N.-Korresp.“ benennt den Minister Herrfurth, daß er zu viel mit Herrn Nitzert verkehre und öfter wieder eine halbthündige Unterredung mit demselben gehabt habe. (Schredlich!)

Nach einer dreifachen Meldung der „Weltztg.“ sind mehrere Offiziere und zwar sowohl der aktiven Armee wie der Reserve angehörig, welche aus der Provinz Hannover stammen, aus dem sächsischen Armeekorps entlassen und zwar, wie allgemein erzählt wird, auf direkte Veranlassung von Berlin aus, lediglich ihrer in dem militärischen Dienst geleisteten verdienstlichen Leistungen wegen. Ein alter Stabskapitän soll, allerdings in einer Privatkapazität, ein Stück auf dem Berg von Cumberland ausgeübt haben, übrigens auch sonst seiner weidlichen Genehmigung in scharfer Weise Ausdruck gegeben haben. Einen im Vermitteln begüterten Majoroffizier soll kein Verhalten bei der letzten Militärrevue, wo er wichtige Sitzungsprotokolle verteilt hat, zum Vorwurf gemacht sein. In einzelnen an diesen Erzählungen richtig ist, entzieht sich dem sichern Urteil, da bekanntlich über militärische Dinge von amtlicher Seite stets die größte Zurückhaltung geübt wird. Tatsache aber ist die Entlassung verschiedener aus Hannover stammender, der diesseitigen Armee angehöriger Offiziere von zu harter weidlicher Genehmigung. Ferner ist Tatsache, daß in Dresden allgemein erzählt wird, auch in Offizierskreisen, daß die Abrechnung zum amtlichen Vorgehen gegen diese Offiziere von Berlin ausgegangen sei und daß diese Erzählung allgemeinen Glauben findet. An entscheidender Stelle und namentlich bei dem Bruder des Königs, dem Prinzen Georg, der bekanntlich als Kommandeur General des Armeekorps fungiert, soll große Zustimmung gegen die weidlichen Beschlüsse herrschen. Man erwartet ein richtigeres Vorgehen gegen alle hannoverschen Offiziere, die sich nicht unbedingt und vollständig von jeder Verhängung weidlicher Sympathien fern halten.

Stalben, 26. April. Die Feier des Militärjubiläum des Großherzogs wurde, da auf Allerlei Weise die in Aussicht genommene Parade unterblieben, in allen Garnisonen des Landes durch Militärnotizen, Antritten an die Mannschaften und innerlichlichste Vereinstellungen der Regimenter begangen. Der Großherzog brachte den Tag in Gesellschaft der Großherzoglichen Ehegatten zu und nahm die Glückwünsche der Mitglieder des Großherzoglichen Hauses und der Generalität entgegen. Alle Zeitungen bringen Artikel, in denen die militärische Thätigkeit des Großherzogs im Zusammenhang mit seinen nationalen Verdiensten gewürdigt wird.

Stuttgart, 26. April. Der König verließ den Großherzog von Baden das 126. in Straßburg garnisierende Regiment.

Mannheim, 25. April. Die für Sonntag den 3. Mai als Kundgebung für die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit geplanten Anläufe der Sozialisten sind im Großherzogtum Baden verboten worden.

München, 26. April. Die Polizeidirektion hat den für Sonntag den 3. Mai projektierten Demonstration der Sozialdemokraten verboten.

Brandenburg, 26. April. Reichstags-Graswahl Stumm-Meremeder. Bis jetzt 407 Stimmen (sonst) wahlberechtigt. Aus 133 Wahlbezirken erhielten 597 Stimmen. (Wahlzeit) 428 Stimmen. 305 Stimmen rezipitierter. 104 Stimmen und Todem. Aus 15 Bezirken ist das Wahlergebnis noch nicht bekannt.

Verarbeiterbewegung.

Die Verarbeiterbewegung in Rheinland und Westfalen hat nun doch, allen Ermahnungen und Vorstellungen der gesunden Vernunft zum Trotz, eine verhängnisvolle Wendung genommen. In der entscheidenden Versammlung, die am Sonntag in Bochum stattfand, haben die rheinisch-westfälischen Delegierten, mit allen gegen eine einzige Stimme, den allgemeinen Streik endgiltig be-

schlossen, nachdem dem Streikenden, deren Zahl bis zum Sonntag schon mehr als 20,000 betrug, freitags die Unterstützung ihrer Genossen aus Belgien und dem Saar-Revier zugesagt worden war.

Diese Meldung, die das deutsche Volk in erster Trauerstimmung traf, ist in ihrer Tragweite noch nicht abzusehen. Ohne Hilfsmittel, ohne sichere Aussicht auf irgend ausreichende Unterstützung, gehen die Verarbeiter in einen Kampf, in dem weder die Staatsregierung noch die öffentliche Meinung auf ihrer Seite stehen. Die Regierung lehnt jede Vermittelung ab, die Besondereverordnungen sind entworfen, nicht nachzugeben, vielmehr von ihren Weichen auszuweichen, nicht nachzugeben, sondern Gehör zu machen und die Freunde jeder gerechten und verständigen Anwendung der Koalitionsfreiheit seien mit Bedauern, aber ohne Sympathie hier einen in seinen Folgen ganz und gar unübersehbar verhängnisvoll entseht, zu dessen Beginn bisher zwingende Gründe nicht vorhanden schienen. Die Hoffnung auf den endlichen Sieg der gesunden, nichternen Vernunft hat sich leider nicht erfüllt und die sozialen Kämpfe, in denen von allen Seiten so viel gesehen worden ist, sind an einer Stelle angelangt, die zur Entscheidung auf Jahre hinaus zu drängen scheint. Nicht das Wert sozialistischer Agitatoren ist, was sich jetzt vorbereitet. Die sozialdemokratischen Führer haben das Ansehen bereit, um zur Ruhe zu mahnen und zur Veronesenheit, mit nicht konnte am Sonntag noch der „Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, behaupten, es sei von ihrer Seite, was Menschenkraft vermag, geschehen, um den Anspruch zu verhalten. Zu Tugenden von Wahlen, so schreibt das Blatt, in den Arbeiterlagung worden:

Der Zeitpunkt ist der denkbar ungünstigste, die Grubenarbeiter haben das Spiel in der Hand. Sie können nicht stehen, und haben die den Kampf auf sich selbst überlassen. Ihr nur im Interesse der Grubenarbeiter. Was nicht Guter Recht (?) denn Ihr die Macht nicht hat, es zur Geltung zu bringen? Die Grubenarbeiter sind gefesselt gegen den Hunger, der an eure Thüre pocht. — und wenn Ihr die Arbeit einstellen, fällt Ihr ihnen durch eure Mä. — die Arbeit die Tugenden die höher durch eure Mä. — die Arbeiterpreise steigen und die Dribbeln schneller in die Höhe. Und während eure „Seren“ von eurem Hunger sich nicht (1), habt Ihr von keiner Seite auf Hilfe zu rechnen — weder von Ausland noch von Inland. Die französischen Verarbeiter haben keine Organisation und kein Geld. Die belgischen Arbeiter haben die gleichen Löhne, und die englischen Verarbeiter, welche Organisation und Geld haben, brauchen ihre Mittel für sich selbst, und was sie allenfalls geben können, wird höchstens für ein paar Tage ausreichen. Eure deutschen Arbeitsgenossen leiden gleich Euch schwer unter der Krise: die Mittel der gesellschaftlichen Organisations sind entweder erschöpft oder demart in Anspruch genommen, das an eine wirksame Unterstützung der Bergarbeiter nicht zu denken ist. Ihr werdet also allein stehen! Euer Kampf kann nur in einer Niederlage enden, bietet nicht die geringe Aussicht auf Erfolg.

Bringt man die sozialistische Prophe in Abrechnung, so bleibt ein recht verständiger Kern übrig. Selbst die „Kreuzzeitung“ hat noch am Vorabend der Entscheidung geschrieben, „ein kurzer Streik würde den Reagen je gar nicht so unangenehm sein.“ Der „Vorwärts“ beklagt es, daß die Mehrzahl der Verarbeiter nicht aus Sozialisten bestehe, denn diese wissen die Nachsichtlosen gegen einander abzumägen und kennen ihre Feinde zu gut, um ihnen Spiel zu spielen.

In der That wegen die Ausländer nicht nur ihre ganze Existenz, denn die Grubenarbeiter werden den neuen Kontrakt nicht anerkennen, sondern auch ihren Lebensunterhalt und ihrer Genossen Koalitionsfreiheit sich für ein Spiel und ihren zu verhängnisvoll Strafmäßigkeiten selbst willkommenen Anlaß. In der abgelaufenen Woche wurde § 153 der Gewerbeordnung abgelehnt; jetzt, in dieser Woche, steht das Gesetz zur dritten Beratung und unter dem erscheinenden Eindrucke des allgemeinen Ausstandes könnten die Ergebnisse leicht so ausfallen, daß die deutschen Arbeiter auch an den politischen Folgen des jetzigen Streikes Jahre hindurch schwer zu tragen hätten.

Nur am Sonntag in Bochum abgehaltenen allgemeinen Delegiertenversammlung der Bergleute des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers, in welcher 166 Deputierte durch 274 Delegierte, darunter auch solche aus dem Saar-Revier und dem Ruhrgebiet, vertreten waren, wurde beschlossen, daß am Montag die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden soll. Die Frage des Vorstehenden Bauer, ob die Delegierten gewillt seien, daß am Montag wieder gearbeitet werde, wurde einstimmig mit „Nein“ beantwortet. Die Versammlung wählte Johann eine aus 21 Mitgliedern bestehende Vollkommene Kommission, welche mit dem Vorstände des Reviers über die Anerkennung der vom Bochumer Bergrevier betreffend die Einführung der achtstündigen Arbeit einseitig die Ein- und Ausfahrt und betreffend die Lohnerhöhung verhandeln soll. Die Verhandlungen wurden mit dem Ausrufe „Es lebe die internationale Vereinigung!“ geschlossen.

Den bisher vorliegenden Meldungen der Rhein-Westfäl. Rita. über die Bewegung entnehmen wir folgendes: Der Streik der Verarbeiter ist auch auf das Belieher Revier übergegangen. Die Gesamtzahl der Streikenden übersteigt am Sonntag Nachmittags bereits 15,000 Mann. Infolge des Beschlusses der am Freitag stattgefundenen Delegiertenversammlung des Oberrheinreviers, die in Bochum zu folgenden Beschlüssen nicht abgesehen, ist der Streik auch in des Revier übergegangen. Die Delegierten der im Schieferen Oberrhein Revier arbeiten noch weiter. Das Revier ist streikend, der Streik hat sich in der Bergbau-Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund hat am Sonnabend mit Bezug auf die Paragrafen 24 und 25 des Knappschaftsstatuts ein Rundschreiben verfaßt, in dem es heißt:

„Im Hinblick auf den mit Kontrakt für begebenen Streit auf einer Reihe von Bergrevieren befragt der Vorstand der vereinigten Bergreviere zu empfehlen, die Namen derjenigen streikenden Verarbeiter, welche der 3. Klasse der Knappschaft angehören und binnen der ihnen von der Betriebsverwaltung zur Wiederernahme der Arbeit gestellten Frist die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, sofort nach Ablauf dieser Frist dem Vorstande des Allgemeinen Knappschaftsreviers zu Bochum anzugeben mit dem Ersuchen, gemäß §§ 24 und 25 der Statuten das Belieher zu veranlassen, insoweit er somit die ausständigen Verarbeiter 3. Klasse aus den Listen der Knappschaft zu streichen und sie dadurch der Vorteile ihrer bisherigen Beitragsjahre (§§ 63 und 64 des Statuts, wonach Mitglieder 3. Klasse nach 15 Beitragsjahren in die 2. Klasse übergehen) gänzlich berechtigt für befragt zu erklären.“ Der Vorstand befragt ferner den Bergreviere zu empfehlen: Diejenigen streikenden Verarbeiter, welche der 3. Klasse der Knappschaft angehören und die Arbeit binnen der ihnen gestellten Frist nicht aufgenommen haben, zur Beförderung in die 2. Klasse nicht vorzuziehen bezw. einen diesbezüglichen Vorstoß, falls

bestehende bereits gestellt ist als gegenständlich zurückzugeben, da die betreffenden Verarbeiter der Knappschaft überhaupt nicht mehr angehören. Sollte die Abberaumung jetzt entlassener Verarbeiter 3. Klasse in der Bergreviere, so hat dieselbe nur nach Beförderung eines neuen Mitgliedsatzes zu erfolgen. Bezüglich der gegen die streikenden Knappschaftsmitglieder 1. und 2. Klasse zu treffenden Maßnahmen werden wir Ihnen demnächst unsere Beschlüsse zur Kenntnis unterbreiten.“

Die am Sonntag in Essen stattgehabte außerordentliche Vorstandssitzung des Bergbauverbandes „Glück auf“, welcher nach folgende Resolution an:

„Wir erklären uns gegen den allgemeinen Ausstand und fordern die christlichen Bergleute des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers an, die Arbeit nicht niederzulegen. Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkte, welchen wir in der im Oktober an den Minister v. Berchthold gerichteten Denkschrift dargelegt haben. Wir glauben, daß unsere Forderungen berechtigt sind und durchgeführt werden können und müssen. Wir wissen auch, daß die heutige Bewegung hervorgerufen ist durch das nicht zu billige Vorgehen der Betriebsverwaltung von „Glück auf“, und daß sie geführt ist durch inhumanen, demagogischen, absichtlichen Organ des alten Verbandes jetzt vom Auslande rief, um andere uns Feuer zu schenken. Wir bitten die Regierung dringend, bei der bevorstehenden Reform des Berggesetzes die berechtigten Wünsche der Bergleute durchzuführen. Endlich fordern wir alle christlich-patriotischen Bergleute auf, dem Verstande „Glück auf“, der seine konfessionellen und Partei-Beziehungen verlor, beizutreten und mit aller Energie Front zu machen.“

Der „Allg. Z.“ zufolge hat der Oberpräsident von Westfalen auf ministerielle Ermächtigung die Verwaltungs- und Bergbehörden angewiesen, kontraktbrüchigen Verarbeitern die von ihnen etwas angerechnete Vermittelung zu verweigern, beschließen die entzerrten im Kohlenhandel den Betrieb einzustellen; die rheinischen Kohlenwerke auf Weidlich haben ihre Arbeiter teilweise vorläufig entlassen; der Witten zu Saar beschäftigt ein Gleiches zu thun.

Aus Bochum meldet man, der Bochumer Verein habe in Folge des Ausstandes seiner Arbeiter kein Schalen einwerfen lassen, er habe die Arbeiter aber trotzdem. Die Eisenbahnverwaltung zu Wuppertal habe 950 M. für weidliche Kohlen geboten, die Reagen seien aber abgesehen unter 10,50 M. abzugeben; die Laßer. Marie habe ihren Weidlichbedarf für das laufende Jahr in besten weidlichen Stücklofen mit 13,50 M. ab Bede gegeben und sollte für den ganzen Bedarf 1891/92 13,50 M., für Landbestände sollte dieselbe 10,50 M. ab Bede.

Weiter meldet man aus Duisburg: Ständlich mehren sich die Anfragen nach Kohlen seitens rheinisch-westfälischer Werke bei den Ruhrkohlenhändlern. Sogar minderwertige Kohlen werden aus den Lagerbeständen zu hohen Preisen zum sofortigen Bezugs aufgetauft.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Am Mittwoch tritt, wie aus Wien berichtet wird, wegen der griechischen Feiertage eine sechstägige Unterbrechung in den Sitzungen des Abgeordnetenhauses ein. Die Adressdebatte wird daher erst am 6. Mai beginnen.

Die Bemühungen der Regierung, die Rente zu heben, für eine einseitige Adressen zu stimmen, werden fortgesetzt. Auch Graf Tassels Besuch bei dem Führer der Deutschböhmischen Fraktion in Prag hat diesem Zweck.

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Grafen Szapary beschloß das ungarische Abgeordnetenhause, seine meritatorischen Sitzungen abzugeben, bevor der Verwaltungsausschuss den Bericht über den Gegenstand betreffend die Reorganisation der Komitatsverwaltung vorgelegt hat. Ferner sollte Szapary die Einbringung eines Gegenentwurfs betr. die Frage der Gerichtsarbeit in Bezug auf angezogenen Deputierten wählen in Aussicht.

Die Wiener Börse kammer betraute ein Comité mit der Berichterstattung über die im Abgeordnetenhause eingebrachten Anträge wegen Einführung einer Wörsesteuer.

Der ungarische Minister des Innern erließ eine Verwaltungsanweisung die Wettbewerbs, monach Vermittelung von Werten außerhalb der Rembours mit achtstündiger Satz und Gebühre bis zu 100 fl. geändert werden soll. Die Folge wird aufgehoben, streng darüber zu wachen, daß Werten nur unweidlich das abgegrenzten Kennzeichen zugelassen werden.

Die in Anknüpfung, daß ein Teil der Arbeiter am 1. Mai in einem gemeinsamen Aufmarsch in der allgemeinen Versammlung beschloß, verbot der Oberbischöpfung von Budapest aufgrund einer allgemeinen Verordnung der Regierung Arbeitseinstellung, Kundgebungen und Versammlungen. Die Verordnung des Oberbischöpfung sagt hinzu, daß die schaffenen Arbeiterführer für jede Agitation gegen das Verbot sowie für jeden Versuch, der ein gemeinsames Eingreifen möglich macht, zur Verantwortung gezogen werden.

Am Sonnabend vormittag fand auf dem Schmelzer Exerzierfeld die Frühjahrsparade vor dem Kaiser statt. Anwesend waren mehrere Großherzoge und Großherzoginnen, der Kriegsminister, die Generalinspektoren und der deutsche Kaiserliche Prinz Herzog. Das Publikum bereitete dem Kaiser einen enthusiastischen Empfang.

Der Kaiser genehmigte die Erziehung einer Militärpulverfabrik in Dülmen (Miederdeutschland) vom 1. Mai ab.

Italien. Am nächsten Gemeinderat kam am Freitag der Ungeklärte Fall vom Donnerstag zur Sprache; es wurde dabei Klage darüber erhoben, daß die Kriegsverwaltung die den ehrenwürdigen Deputierten der Knappschaft Rom schuldige Minderlich völlig hintertätig habe. Man hofft, daß die drei anderen Pubertätsverträge und deren Vorteile verteilt werden würden. Der Bürgermeister machte die Mitteilung, daß der Schaden an südlichem Eigentum 400,000 Lire betrage (Bewegung). Der Schaden an der Peterskirche werde auf 200,000 Lire, an der Sanct Pauls-Basilika auf 1/2 Million Lire, an den apostolischen Palästen auf 300,000 Lire geschätzt, ebenso groß sei der Schaden an der Kirche Gesù. Das Kriegsvater habe einen Verlust von einer Million erlitten, die privaten Hausbesitzer minderten ebenfalls. Die Weinberge von Montevetro seien halb zerstört. Die Roggen Rasfels seien nur dann der Temperaturreichung des Regens durch Professor Seitz vor Schaden bewahrt worden. All diese sei eine Folge der Idee, aus Rom eine Festung zu machen, welchen Plan selbst Garibaldi einen tollen Spul genannt habe. Der Bürgermeister riefte unter enthusiastischen Zustimmung der Versammlung die Hochherzigkeit, welche der König nach der Explosion, wie bei so vielen anderen Anlässen zeigte. Ferner gedachte er lobend der Leistungen der am Rettungswerte beteiligten Komplex und Soldaten. Die Stadt



hat eine erste Unterfütterung von 12,000 Frs. für die Opfer der Katastrophe gewährt. Der kaiserliche deutsche Botschafter, Graf Solms, teilte 12 Betten für bedürftige Verwundete zur Verfügung.

In der Deputiertenkammer erklärte am Sonnabend auf eine Interpellation Agnini's der Minister des Innern, die betrefft der Epizyion angestellten Untersuchungen bedürftigen keineswegs zu der Annahme, daß das Unglück nicht durch eine zufällige Ursache veranlaßt worden sei. Die Ermittlungen würden fortgesetzt werden; er gehe sich der Hoffnung hin, daß durch dieselben jene verbrecherische Ursache als völlig ausgeschlossen erweisen würde. Der Kriegsminister Pelloux bestätigte die Erklärungen Nicotera's. Der Interpellant Agnini spricht seine Befriedigung über die ministeriellen Erklärungen aus und hofft, daß dieselben alle für die Arbeiterpartei zureichenden Gründe und Zweifel, die vielleicht Anlaß zu ungeschicklichen Auslegungen der Regierung geben die am 1. Mai beabsichtigten Aushebungen hätten geben können, beseitigen werden. Der Minister des Innern, Nicotera, erklärte, die Regierung werde ihr Möglichstes thun, um die Leiden der Arbeiter zu lindern, sie werde aber denjenigen Widerstand leisten, welche die Gesellschaft benutzen und die bestehenden Einrichtungen umflürzen wollten. Möge man wissen, daß die Regierung sich nie in Verhandlungen mit solchen Arbeitern einlassen werde. — Der Ministerpräsident erklärt in Verantwortung einer Anfrage Ambrasio's die italienischen Zollausweise, die vor einiger Zeit einen österreichischen Deputierten der österreichischen Behörden in gutem Glauben ausgeliefert hätten, seien zur Disziplinarmessung gezogen worden. Der Deputierte sei von den österreichischen Behörden aus Italien wieder ausgeliefert und die österreichischen Zollausweise seien bestrahlt worden. Der Abgeordnete Ambrasio erklärte sich durch die Antwort des Ministerpräsidenten befriedigt.

Im Senate gab der Minister des Innern, Nicotera, auf eine Anfrage betrefft der Stellung der Regierung zu der Arbeiterfrage am 1. Mai sowie betrefft der Ursachen der Pulverexplosion die gleichen Erklärungen wie in der Deputiertenkammer ab.

Der „Sfero Rom.“ bezeichnet das Befinden des Papstes, trotz der infolge der Pulverexplosion hervorgerufenen Aufregung, als ein sehr gutes, der Papst sei nur betrübt, daß er den Opfern der Katastrophe nicht nach Wunsch helfen könne.

Die Königin besuchte am Sonnabend die im Hospital untergebrachten Verwundeten.

Der Kriegsrat ernannte eine Kommission zur Prüfung der Frage der Pulvermagazine und ordnete die Untersuchung aller Pulvermagazine des Landes an.

Aus Rom schreibt man uns: Trotz der Abkündigung der Polizei tritt das Gerücht, die Epizyion sei ein Wert anarchistisch geminter Soldaten, immer bestimmter auf, weil mehrere radikale Führer sich hauptsächlich gerühmt haben, sie würden der Regierung zum 1. Mai eine Wagnisaktion anzubringen, welche sie nie vergessen wird. Seit geraumer Zeit konzentriert sich die revolutionäre Propaganda auf die Armee, in der sie bereits viele Anhänger zählt. Der Soldat Vegetti, welcher unlängst in Genoa zum Tode verurteilt wurde, hatte sich auch als Anarchist bekannt. Außerdem muß es auffallen, daß in einem Pulverdepot, das sachsenmäßig überwacht wird, sich ohne verbrecherisches Zutun eine solche Katastrophe ereignen kann. Will einigen Dingen sieht man daher dem 1. Mai entgegen.

Die Präfekten veröffentlichten den Erlaß des Ministers des Innern betr. das Verbot der Arbeiterumzüge am 1. Mai.

Die „Gazetta di Torino“ meldet die bevorstehende Verlobung des italienischen Kronprinzen Viktor Emanuel mit der Prinzessin Clotilde von Bayern. Der neu ernannte russische Botschafter Biankoff ist in Rom eingetroffen.

Dem „Popolo Romano“ scheint aus den von der Untersuchungskommission in Massana vorgenommenen Verhörden hervorzugehen, daß die Verantwortlichkeit für die aufgedeckten Mißbräuche nicht über Verräter und Cognasi hinausreicht, welche die Seele aller Untrügigen gewesen seien.

Frankreich. In dem am Sonnabend abgehaltenen Ministerrat unterzeichnete Carnot den Gesetzentwurf, durch welchen der zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossene Telegraphenkonvention die Genehmigung erteilt wird, sowie ferner die Vorlage, betr. die Zustimmung zu der Brüsseler Generalkonvention vom 2. Juli 1890 und zu der Deklaration von demselben Tage.

Die Deputiertenkammer beginnt heute die Beratung des Zolltarifs. Der Minister wird, wie verlautet, den Ministern des Handels, Ribot, ausfragen, eine Erklärung abzugeben dahin gehend, daß die ausstehenden Nationalen Verhandlungen eingeleitet hätten, die dahin abzielten, die einzigen Märkte, welche Frankreich noch blieben, nämlich diejenigen von Spanien und Belgien, dem Lande zu entziehen. Ribot werde geneigt sein, die gegenwärtige Stimmung, welche den der nationalen Industrie gefährdenden legitimen Schutz zu überbetreiben suche, würde Frankreich isolieren und den Exporthandel vollständig vernichten. Der Minister des Innern, Constant, wird bei Beginn der nächsten Sitzung einen Gesetzentwurf vorlegen, betr. die Bildung einer Alters-Versorgungskasse für Arbeiter. Abg. Cour wird eine Interpellation einbringen, in welcher er die Regierung auffordert, die Eingangszölle auf ausländische Gewebe aufzugeben. Die Senatoren und Deputierten des Departements Vaudes du Rhone werden dem Ministerpräsidenten Freychenet einen Protest der Einwohner von Marseille gegen die Beschlüsse der Zollkommission überreichen. Die Kammer wird 4 Sitzungen wöchentlich der Beratung des Zolltarifs widmen.

Die Zollkommission der Deputiertenkammer versammelte sich am Sonnabend, um verschiedene Eventualitäten, die sich möglicherweise im Laufe der Debatte über den Zolltarif einstellen könnten, zu prüfen und beschloß, sich mit der Regierung über verschiedene Punkte zu verständigen, betreffs welcher bis jetzt noch kein Einverständnis erzielt worden ist. Am Sonntag fand im Winterpalais zu Paris unter dem Vorsitz Ledroff's eine von dem Komitee zum Schutze des französischen Exports einberufene, von etwa 1500 Personen besuchte Versammlung statt, um gegen die von der Zollkommission befohlene wirtschaftliche Politik zu protestieren. Es wurde eine Tagesordnung angenommen, welche besagt: In der Erwägung, daß die von der Regierung und der Zollkommission vorgeschlagene Zolltariffrage den wirtschaftlichen Niedergang Frankreichs nach sich ziehen, die Isolierung des Landes herbeiführen, die Industrie zu Grunde

richten und den Unterhalt der Arbeiter und Beamten unmöglich machen würden, erhebt die Versammlung auf das Entschiedenste Protest gegen jede Erhöhung des Zolltarifs und verlangt die Rückkehr zu dem Regime der Handelsverträge, welche Frankreich 30 Jahre eines unerschütterlichen Wohlstandes beschaffen haben.

Anschließend der am Sonnabend bei mehreren Mitgliedern der früheren Patriotenliga vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden verschiedene Papiere konfisziert, welche das Fortbestehen der Patriotenliga unzweifelhaft beweisen.

Die Delegierten des Senats des Seine-Departements traten am Sonntag zusammen und stimmten der Kandidatur Goblets für den erledigten Senatssitz zu.

Die chinesische Gesandtschaft in Paris erklärt einen von mehreren Zeitungen veröffentlichten Brief, welcher besagt, daß der Sekretär der chinesischen Gesandtschaft, Tscheng-Schi-Tsong, einseitig eine Urkunde angefertigt habe und demnächst nach Paris zurückkehren und seinen Posten bei der Gesandtschaft wieder übernehmen werde, für apokryph. (Verf. „Deutsches Reich.“)

Boulanger verläßt England definitiv am 29. April und läßt sich in Brüssel nieder.

Nikolai Nikolaevich von Montenegro ist mit seiner Tochter von Gams nach Berlin abgereist.

Der Kongress der Eisenbahnenbediensteten lehnte nahezu einstimmig einen Antrag, den 1. Mai zu feiern, ab.

Der Sekretär des Grubenarbeiter-Verbandes von Bass de Galais, Cambout, hat ein Rundschreiben an die Delegierten der Grubenarbeiter, in welchem die Grubenarbeiter aufgefordert werden, bei der Aushebung am 1. Mai den friedlichen Charakter derselben zu bewahren. Am darauf folgenden Tage müßten alle die Arbeit wieder aufnehmen, sie dürfen den Agents provocateurs kein Gehör schenken, die bedrohten werden, sie zur Arbeitseinstellung oder zu Gewaltthatigkeiten aufzufahren.

Die Streifenbewegung genimmt im Thale der Meuse und in den Ardennen an Ausdehnung. Der Streik der Weber in Sedan, sowie in verschiedenen anderen Distrikten scheint einen bedrohlichen Charakter anzunehmen.

Der Streik der Schieferarbeiter in Trelasse ist beendet.

Belgien. Der König überreichte am Sonntag den „Chasseurs clairvieux“ der Wägenwache von Gent neue Fahnen und hielt dabei eine Rede, in welcher er betonte, wie die Soldaten der glorreichen Stadt Gent eine Gemüthsruhe bieten, daß die Ehre der letzteren es verdienen würde, die Fahne hoch und fest wie im letzten Jahrhundert zu tragen. Einmal und stark möchten die Ehre von Gent auch ferner unter vielen Wehrbüchsen bestehen sein, dem Vaterlande zu dienen, seine Ehre unbeschädigt zu erhalten, dieselbe zu verteidigen und sein Ansehen, wie seine Wohlfahrt zu vermehren. Es erlaube ihm sein Freude, daß unter ihnen ein solches lebendiges und lebendes Streben bestehe.

Nach einer Meldung des „National de Bruxelles“ wird der Unterlieutenant Renier an Bord des Königs die demnächst unter Führung des Lieutenant Jacques von Serfhor nach dem Tanganika-See aufbrechende belgische Expedition begleiten.

Dänemark. Der König wird sich am 4. Mai nach Wiesbaden begeben.

Eine allgemeine Aussperrung (Lock-out) der Schneider wird heute in Kopenhagen erwartet.

England. Der Lebertritt der Großfürstin Sergius zu orthodoxen Kirche ist am Sonnabend mittags im Beisein des Kaisers und der Kaiserin sowie der sämtlichen Mitglieder der kaiserlichen Familie erfolgt. Die kirchliche Handlung vollzogen die Metropolitonen von Petersburg und Moskau und der kaiserliche Beichtvater Janitsch. Großfürst Nikolai der Ältere ist am Sonnabend in der Krüm gestorben. Großfürst Nikolai, ein Bruder der Königin Olga von Württemberg, war der am 8. Aug. 1891 geborene Sohn des Fürsten Nikolai, Generalleutnant der russischen Armee, Inhaber des preussischen Kaiserregiments Nr. 5. Vor einiger Zeit wurde der Großfürst von einem schweren Nervenleiden befallen, welches sein baldiges Hinscheiden vernahmlich ließ. Ein kaiserliches Manifest ließ den Tod des Großfürsten bekannt und ordnet anlässlich desselben eine dreimonatliche Trauer für die Kaiserin und die übrige Armee an.

Der Reichsrath hat die Beratung eines Gesetzesentwurfs, betreffend die Verorgung der Arbeiter und ihrer Familien, in Fällen, wo die Arbeiter bei der Arbeit verunglücken, begonnen.

Der serbische Finanzminister Butsch ist in Petersburg eingetroffen.

Prinz Albert von Sachsen-Altenburg hat die Heimreise nach Deutschland angetreten.

Serbien. Der „Polit. Korresp.“ wird aus Belgrad von jugoslawischer Seite mitgeteilt, die dem Minister Tauschanovitsch zugesprochenen Ausrüstung, der Zolltarif mit Oesterreich-Ungarn fortzusetzen, Erneuerung des Handelsvertrages vorzuziehen, beruhe auf einer böswilligen Erfindung seitens der jüdischen oppositionellen Partei und sei darauf berechnet, die schwelenden Unterhandlungen zu erschweren. Das Kabinett sei einmütig in dem Wunsche, einen neuen Vertrag abzuschließen. In den serbischen Regierungskreisen hege man die Hoffnung, der Abschluß des österreichisch-serbischen Handelsvertrages werde dem Abschluß des österreichisch-deutschen bald folgen.

Das amtliche Blatt veröffentlicht den von der Stupschina angenommenen Gesetzentwurf, durch welchen die Regierung zur Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 10 Millionen Dinars sich unausweichlich abzugeben ermächtigt wird.

Die „Neue freie Presse“ meldet aus Belgrad, die Regierung habe beschlossen, ähnlich wie bei den Zucker auch bei Kaffee, Thee und Cacao die Konsumsteuer zu unterlassen. Man vermuthet, daß dies mit dem Vorkaufe des Finanzministers Butsch in Wien zusammenhängt.

Wie mehrere Blätter melden, hätte der Kriegsminister Miletich bezüglich der Verlegung von Offizieren seine Entlassung gegeben.

Rumänien. Das Gesamtergebnis der Wahlen zur Deputiertenkammer ergab 103 Mitglieder der Regierungspartei und 40 Oppositionelle. 40 Stimmlosen sind erforderlich.

Bulgarien. La „Bulgare“ druckt einen Artikel der „Gazetta Piemontese“ nach und spricht sich darin enthaltenen über die Loyalität und die Loyalität Rumänien Italiens den Dank des bulgarischen Volkes aus.

Griechenland. Der König tritt Ostern seine Sommerreise an.

Aus Korfu wird gemeldet: Der Pöbel unternahm einen

neuen Sturm gegen die Insubanquartiere, welchen die Soldaten mit gefülltem Bajonett abwehrten. Es gab bei diesem Zusammenstoß viele Verwundete, zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Stimmung ist höchst erregt, trotzdem der Oberstabschef neuerdings konstatirt, daß die gesunden Leiche die eines Judenmörders ist.

Athen. Dem „Reut. Bur.“ wird aus Simla gemeldet, die von Kobia ausgegangene englische Kolonne gebe erfolgreich gegen die Manipuri vor. Die Aufständischen hätten an mehreren Punkten einen schwachen Widerstand entgegengesetzt, seien jedoch stets überwunden worden.

Aus Japan in San Francisco eingegangene Zeitungen melden, daß infolge von Unruhen auf Korea Kriegsschiffe nach Seoul abgeordnet worden seien.

Uffra. Dem „Reut. Bur.“ wird aus Pretoria gemeldet, eine von dem Präsidenten Krüger veröffentlichte Proklamation unterlege den Unterthanen der Republik, direkt oder indirekt an der von den Boers geplanten Einwanderung in das Wafschonland theilzunehmen, da hierdurch das Verbot von England verlegt werden würde.

Nordamerika. Nach Meldungen aus Pittsburg ist der dortigen Polizei eine Mitteilung zugegangen, daß ein Komplotz gegen das Leben des Besitzers der Koks-fabrik, Pitt, geplant werde. Mehrere ungarische Eingewanderte hätten sich nach Pittsburg begeben, um das Attentat auszuführen.

Südamerika. Ueber Hispano eingetroffene Nachrichten aus Chili stellen die jüngsten Kongresswahlen sowie die Präsidentenwahl im Kongress als eine wahre Komödie dar. Während der Wahlen habe hauptsächlich ein Schredensherrschaft gewaltet. Polizei und Militär seien in die Wohnungen der Bürger eingedrungen, hätten dieselben allerlei Unflut getrieben und den Gegnern Balmaceda's Beleidigungen zugefügt. Durch solche Mittel sei es gelungen, die Opposition auszuschließen und sämtliche Kandidaten Balmaceda's durchzubringen. Privatbriefe beschreiben die Diktatur Balmaceda's als schrecklich. Summirt alle Chile abgehenden Briefe würden geöffnet, diejenigen politischen Inhalts konfisziert, überhaupt das Postgeheimnis gebrochen, die Beschränkung von Nachrichten nach Europa zu verhindern. Niemand sei im Lande sicher, sogar junge Damen der höchsten Gesellschaft würden ohne jeden Grund ergriffen und wie die gemeinsten Verbrecher behandelt. Drei Führer der Kongresspartei, welche in Valparaiso landeten, wurden verhaftet und sollen erschossen sein.

Bei Bilbao hat eine blutige Schlacht zwischen den Aufständischen und den Truppen Balmaceda's stattgefunden; letztere wurden geschlagen und verloren 600 Tote und Verwundete.

Der „Hamb. Korresp.“ bestätigt, daß der sächsische Negierungstreuer „Almirante Vond“ in Caldera den Panzer „Blanca Encalada“ in den Grund geholt hat. Dabei sollen gegen 200 Personen ums Leben gekommen sein. Die Kongresspartei soll jetzt Caldera und Carrizal besetzt halten.

Halle und Jugend.

Halle, 27. April. — Infolge des Absensens des Generalleutnants Mofke und der plötzlichen Indicien des Kaisers von Eisenach war der Deseignationsverfehr auf der Linie Berlin-Halle am Sonnabend ein so flacker, daß Privatbesitzer bedeutende Verzögerungen erlitten.

— Dem Bauath Kerkens hier, bisher in Oelen, und dem Justizath Kufenberg hier ist der Stöße Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

— Unter den Ochten des benachbarten Gutes Graunau ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Universitäts-Nachrichten.

Leipzig. Für das Fach der Geographie hat sich an hiesiger Universität Dr. phil. G. Schurz aus Widdau habilitirt. In seiner Antrittsvorlesung sprach derselbe über die geographische Verbreitung der Negerterriden. Die Habilitationsschrift führt den Titel: „Die Rasse des Ergebirges.“

München, 25. April. Der heute stattgehabten Eröffnung des Neubaus der chirurgischen Klinik wohnten bei: Prinz Kurt's Erbprinze, der Prinzminister, Militär-Gebietrath Hermann, Oberleutnant Bruno's Lubing, Militärlieutnant Heibel und viele Aertze.

München. Der Architekt und Privatdozent Hermann Pfeffer hier wurde zum ordentlichen Professor für antike Baukunst und Restauration an der Technischen Hochschule zu Braunschweig ernannt.

Wissenschaft. Kunst. Literatur.

— Der Vorstand der „Deutschen Shakespeare-Gesellschaft“ beschloß in seiner am Mittwoch zu Weimar unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Prof. Nath Dechauer abgehaltenen Sitzung: dem Ehrenmitglied des königlichen Schauspielhauses in Berlin, Dr. Clara Meyer, wegen ihrer verdienstlichen und hervorragenden Darstellung in zahlreichen Frauenrollen in den Dramen Shakespeares die Ehrenmitgliedschaft der Shakespeare-Gesellschaft zu verliehen.

— Die seit Anfang des 13. Jahrhunderts erbaute fünfstöckige St. Peters- und Pauliskirche in Götting, die der größten und schönsten gotischen Kirchen im deutschen Osten, ist durch den Ausbruch der Reformationsstürme unvollendet geblieben. Thürme nimmend vollendet. Im Augustdinstag, 19. Mai, soll am 66. Jahrestage der ersten am Augustdinstag 1527 erfolgten Weihung der Kirche durch den hiesigen Bischof Bruno III. die Feier der Vollendung des schwindigen Baues feierlich begangen werden. Die Thürme mit ihren gotischen Pyramiden haben eine Höhe von 82,5 m. Die Kosten betragen sich auf ungefähr 200,000 M.

— Bekanntlich erhitst sich feuchtes Gras, wenn es abgedreht und in dichten Massen zusammengehäuft ist, so stark, daß die Erwärmung im Innern schon nach wenigen Stunden mit der Hand fühlbar wird. Diese Selbstentzündung lernt man kirchlich von Prof. Ferd. Cohn in Breslau gemachten Untersuchungen auf der Entzündung von Heuballen, deren Keimförmer (Sporen) am Grase haften. Die Sporen finden in der Feuchtheit zwischen den Halmen ihre günstige Bedingungen zum Aufkeimen; die so entstehenden Bacillen vermehren sich außerordentlich rasch, erzeugen dabei eine Gärung im Grase, welche die Ammoniakentwässerung bemerkbar macht und erzeugen zugleich durch ihre kräftige Abgung anfeuchtliche Dämpfungen. Sie sehr zusammengebrühten, frisch gemähten Grase fand Cohn nach Verlauf von 8 Tagen eine Temperatur von 67 Grad C. Er beobachtet auch nicht die Möglichkeit der häufig gemachten Angabe, daß unter Umständen die Erhitzung des Grases sich sogar bis zur Selbstentzündung steigern kann. Die Selbstentzündung ist niemals, eine Temperatur zu erreichen, welche auch nur annähernd der zur Selbstentzündung erforderlichen gleich kam. Er

